

Ein Durchbruch zu direkten Verhandlungen ist nicht in Sicht

# „Es sieht nicht gut aus für Syrien“

Die Kluft zwischen den verfeindeten Bürgerkriegsparteien erscheint kaum überbrückbar

VON  
JAN DIRK HERBERMANN (GENF)

**Bei der ersten Runde der Syrien-Gespräche gab es keine greifbaren Fortschritte. Die Kluft zwischen Assad-Regime und der Opposition erscheint kaum überbrückbar.**

Der Verhandlungsführer des Assad-Regimes bestieg das Podium im Saal XIV des Genfer Völkerbund-Palastes, neben ihm hatten sich Mitglieder der Regierungs-Delegation aufgebaut. Mit ernster Miene erklärte Baschar al-Dschaafari, er und sein Team würden zu Beratungen nach Damaskus abreisen. Die erste Runde der Syrien-Gespräche mit der Opposition sei „praktisch zu Ende“. Zu einer weiteren Runde werde er nach Genf zurückkommen, sagte Dschaafari am Mittwoch und verließ eilig den Saal.

Bislang gab es in Genf keine konkreten Fortschritte bei den indirekten Gesprächen über eine politische Lösung des Bürgerkriegs. Die Kluft zwischen den verfeindeten Parteien erscheint kaum überbrückbar. „Es sieht nicht gut aus für Syrien“, bilanzierte ein westlicher Diplomat. Immerhin lobte der Uno-Sondergesandte für Syrien, Staffan de Mistura, dass sich die „Atmosphäre“ bei den Gesprächen gegenüber früheren Verhandlungen verbessert habe:

„Niemand hat den Saal verlassen, niemand hat die Türen zugeknallt.“ Die Vereinten Nationen planten eigentlich, die erste Gesprächsrunde zwischen Assad-Regime und Opposition am Donnerstag abzuschließen. Die nächste Runde könnte im April beginnen.

Der Uno-Vermittler de Mistura will Regime und Opposition auf die Bildung einer Übergangsregierung festlegen. Später sollen laut Uno-Drehbuch eine neue Verfassung verabschiedet und freie und faire Wahlen abgehalten werden. Am Ende soll ein stabiles, ein friedliches Syrien stehen. „Wir arbeiten alle sehr hart daran“, sagte de Mistura. Dann räumte er diplomatisch verbrämt die bisherige Ergebnislosigkeit ein: „Wir sind noch nicht da.“

Hauptstreitpunkt bleibt die Zukunft des Gewaltherrschers Baschar al-Assad. Die Opposition fordert Assads Absetzung. Der Diktator sei für den Ausbruch des Konflikts 2011 und unzählige Kriegsverbrechen verantwortlich. „Wir wollen eine Übergangsregierung mit vollen exekutiven Befugnissen, aber ohne Assad“, betonte der Verhandlungsführer des Oppositionsbündnisses HNC, Asaad al-Zoubi.

Die Emissäre des Regimes hingegen lehnen eine Diskussion über einen Rückzug ihres Chefs kategorisch ab. Verhandlungsführer



Uno-Emissär Staffan de Mistura in nachdenklicher Pose. (FOTO: REUTERS)

Dschaafari beschied in kühlem Ton: Die Person Assads habe mit den Syrien-Gesprächen „nichts zu tun“. Somit liegt die erste Etappe auf dem Weg zu einem friedlichen Syrien, die Bildung einer Über-

gangsregierung, in weiter Ferne. Auch konnte in Genf das Problem der politischen Gefangenen nicht gelöst werden.

Während der Widerstand von Assad die sofortige Freilassung der

Inhaftierten verlangt, weigert sich das Regime, die Kerker zu öffnen. Diplomaten betonen: Assad wolle mit einer Freilassung Zehntausender Gegner nicht die Opposition stärken – und er wolle die Gefangenen als Verhandlungsmasse in der Hinterhand behalten.

## Verletzungen des Völkerrechts

Bei der humanitären Hilfe mauert das Assad-Regime ebenfalls. Der Uno-Sicherheitsrat fordert ein Ende aller Belagerungen von Orten in Syrien, Hilfsorganisationen müssten Lebensmittel, Medikamente und andere Güter an die hungernden Menschen liefern dürfen. Dasselbe verlangt die Opposition bei den Genfer Gesprächen. Doch die Assad-Truppen halten die meisten Belagerungsringe aufrecht – nach Oppositionsangaben schnürten Regimeeinheiten während der Genfer Gespräche sogar weitere Orte von Hilfe ab. Zwar konnten in diesem Jahr rund 380 000 Menschen erstmals versorgt werden. Doch Hunderttausende andere Menschen warten weiter auf Unterstützung – das Assad-Regime verweigert grünes Licht zur Lieferung der Hilfsgüter. „Es ist eine Verletzung des Völkerrechts, uns nicht gehen zu lassen“, klagte der humanitäre Berater der Uno für Syrien, Jan Egeland. „Wir müssen alle notleidenden Menschen erreichen.“

## Luxemburg als europäischer Musterschüler

Nach dem Bericht der EU-Kommission zur finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Landes: Sozialpartner diskutieren über Reformpläne

Im Rahmen des Europäischen Semesters kam die Regierung gestern mit den Sozialpartnern zu einem Meinungsaustausch über den Bericht der EU-Kommission über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Luxemburgs zusammen.

Die Kommission stellt Luxemburg gute Noten aus: Die Staatsfinanzen sind gesund, die Wirtschaft brummt, die Beschäftigung nimmt zu, die Arbeitslosigkeit ab. Finanzminister Pierre Gramegna bezeichnete Luxemburg als europäischen Musterschüler und führte das gute Zeugnis auf die überlegte Politik der aktuellen Regierung zurück, der es gelungen sei, trotz massiven Steuerausfalls im elektronischen Handel für gesunde öffentliche Finanzen zu sorgen. Gramegna zufolge hebt die Kommission in ihrem Bericht die Fortschritte Luxemburgs, besonders was seine Steuerpraxis angeht, nicht genügend hervor. Statt bei den guten Schülern auf kleineren Mängeln herumzureiten, täte die Kommission besser daran, Länder mit fundamentalen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen zur Ordnung zu rufen, fand der Finanzminister. Ähnlich sah es auch CGFP-Vertreter Emile Haag, der sogar fand, das Luxemburger Modell könne als Vorzeigebispiel für andere Staaten dienen.

Diese kleineren Mängel, von denen Gramegna sprach, betreffen das Pensions- und Rentensystem, dessen Ausgaben Brüssel zufolge

bis 2040 gemessen am Bruttoinlandsprodukt weiter steigen werden, die steigenden Immobilienpreise und die Steuereinnahmen.

Mit Ausnahme der UEL, die fand, man sollte die Empfehlungen und Kritikpunkte der EU-Kommission ernst nehmen, hatten die Sozialpartner eher eine kritische Haltung zu den Empfehlungen aus Brüssel.

### „Kommission liegt falsch“

Vizepremier und Wirtschaftsminister Etienne Schneider bei-

spielsweise meinte, es sei schlichtweg falsch, zu behaupten, Luxemburg habe keine Anstrengungen unternommen, um die konsumbezogenen Steuereinnahmen zu erhöhen. Ihm sei unerklärlich, wieso die TVA-Erhöhen von der Kommission nicht berücksichtigt wurden. Auch beim Rentensystem teilte Etienne Schneider die Sicht der EU-Kommission nicht. Die Bilanz der Rentenreform von 2013, die noch in diesem Jahr abgeschlossen werden soll, zeige, dass man die rich-

tige Richtung eingeschlagen habe. „Die Rentenmauer verlagert sich“, so Schneider, der jeder einzelnen Kritik der Kommission eine Liste mit Maßnahmen entgegensezte, die die Regierung umgesetzt oder geplant habe.

UEL-Präsident Michel Wurth sprach sich für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit aus. Dazu gehöre ein kompetitives Steuersystem, d. h. eine niedrigere Betriebsbesteuerung, aber auch eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, die hierzulande

pro Einwohner doppelt so hoch sei wie im europäischen Durchschnitt.

Die Gewerkschaften nahmen eine kritischere Haltung zu der Analyse der EU-Kommission ein. OGBL-Präsident Roeltgen beispielsweise störte sich fundamental an der Analyse der Wettbewerbsfähigkeit, die seit Jahren aufgrund falscher Indikatoren berechnet werde. Eine Tatsache, die Vizepremier Schneider nicht leugnen wollte und die man analysieren werde. Aufgrund der veränderten wirtschaftlichen und finanziellen Situation des Landes gab der OGBL der Regierung den Rat mit auf den Weg, der EU-Kommission vorzuschlagen, die mittelfristigen Ziele für Luxemburg den neuen Gegebenheiten anzupassen.

### Monologe statt Austausch

Von einem tatsächlichen Austausch war man gestern weit entfernt, wie UEL-Präsident Michel Wurth meinte. Statt sich nur gegenseitig zuzuhören oder auch nicht zuzuhören, erwarten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter von der Regierung nicht nur eine Rückmeldung auf ihre Vorschläge, sondern auch, dass der eine oder andere Reformvorschlag in das nationale Reform- und Stabilitätsprogramm der Regierung einfließen wird, das die Regierung Ende April nach Brüssel schicken wird. (mig)



Premierminister Xavier Bettel musste das Treffen nach seiner kurzen Einleitung aus Aktualitätsgründen wieder verlassen. (FOTO: GERRY HUBERTY)